

GÖTTINGER BLÄTTER

Januar

2022

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

▶ StudentenStehenAuf und "Freie Niedersachsen" in Göttingen – Es brodelt an der Querfront

Von Elisa Otzelberger

Die Stadt Göttingen und ihr Umkreis blieben bisher - im Gegensatz zu vielen anderen Regionen der Bundesrepublik - von größeren Protesten der Querdenken-Bewegung und ihren Ausläufern weitgehend verschont. Bisher. Denn am Samstag, den 11.12.21 und am Montag, den 13.12.21 fanden sich am Gänseliesel und am Neuen Rathaus in Göttingen ca. 100 Teilnehmer*innen der StudentenStehenAuf- Bewegung und der Gruppe "Freie Niedersachsen" zu sogenannten Mahnwachen zusammen, um ihren Unmut über die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und die Diskriminierung der Ungeimpften in der Gesellschaft kundzutun. Dazu wurden Grablichter mitgebracht, es wurde gesungen und dem antifaschistischen Gegenprotest - selbstverständlich, ohne die geltenden Corona-Schutzmaßnahmen zu beachten - Beschwerden über die "unverhältnismäßige Politik", die "Missachtung der Grund- und Freiheitsrechte" entgegen geschleudert, während die Göttinger Polizei zuschaute und die Teilnehmenden der Mahnwache erst eine Stunde nach Beginn der Veranstaltung auf die geltende Maskenpflicht hinwies.

Klingt nach Verschwörungsdenken und latentem Antisemitismus? - Ist auch so. Die im Oktober 2020 gegründete Bewegung "Studenten Stehen Auf" ist mittlerweile deutschlandweit bestens vernetzt und in Städten wie Berlin, Hamburg, Köln und München durch Aktionen, die sich gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesrepublik richten, insbesondere im Hinblick auf die eingeschränkte Lehre an den Universitäten, aufgefallen. In ihrem Selbstverständnis gibt sich die Bewegung als wissenschafts- und faktenorientiert, besorgt um die Auslebung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch die Bürger*innen und das Recht auf Bildung. Beim aufmerksamen

Lesen ihrer Positionen fällt aber schnell auf, in welchem Maß dort Narrative wie die "Spaltung der Gesellschaft" gestreut werden und von "Machtzentralisierung" oder "den Eliten" die Rede ist. Narrative und Begriffe, die in enger Verbindung zu antisemitischen Verschwörungsideologien einzuordnen sind. Fotos von Demonstrationen der Bewegung zeigen Demo-Schilder mit Sprüchen wie "Kein geimpfter Mensch ist illegal" oder "Nein zur Bildungsapartheid". Zudem kursieren Ausschnitte aus dem Telegram-Verteiler des Göttinger Ablegers von StudentenStehenAuf, aus denen hervorgeht, dass dort Informationen über die Beschaffung von Genesenennachweisen und Entwurmungsmittel für Katzen verbreitet wurden. Außerdem geht aus den Chatverläufen der Gruppe hervor, dass dort Ansichten wie solche von den bekannten Corona-Leugnern Tim Kellner und Ken Jebesen, sowie der Q-Anon Gruppe toleriert werden. Eine Abgrenzung nach rechtsaußen? Fehlangeige.

Die Bewegung steht in enger Verbindung zu "Querdenken" und der als zum Teil als rechtsextrem und verschwörungsideologisch eingestuften Partei "die BASIS". Dass es sich bei der Querdenken-Bewegung um eine sogenannte Querfront aus "besorgten" Bürger*innen, Esoteriker*innen und eben auch Rechts-extremen, Verschwörungsfanatiker*innen und Reichsbürger*innen handelt, ist schon länger bekannt. Selbiges gilt wohl auch für die StudentenStehenAuf- Bewegung, die sich aus Studierenden, Dozierenden, skeptischen Bürgerlichen und Fanatiker*innen zusammensetzt. Dafür spricht auch die Zusammenarbeit von StudentenStehenAuf mit der Gruppe "Freie Niedersachsen" in Göttingen, mit der weitere Mahnwachen und Spaziergänge jeweils samstags und montags geplant sind. Die "Freien Niedersachsen" sind ein Ableger der rechtsextremen

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2022.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

bröckelnde Querfront	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Kreistagsinfo	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Neues aus dem Landkreis	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2022
ist der 21. Januar.
Auslieferung am 27. Januar.

Kleinpartei "Freie Sachsen", deren Vorsitzender Martin Kohlmann durch die Verteidigung der "Gruppe Freital" auffällig geworden ist. "Freie Sachsen" sind übrigens auch diejenigen, die letzte Woche mit brennenden Fackeln vor dem Wohnhaus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping aufmarschiert sind. So viel zum friedlichen Protest und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Dass die Ereignisse in Göttingen und die sich vor Ort formierende Allianz aus StudentenStehenAuf und "Freie Niedersachsen" besorgniserregend sind, sollte klar geworden sein. Wie viel Potential die Bewegung hat, sich in der Stadt Göttingen und dem Göttinger Umland zu verankern und ihre wöchentlichen Mahngänge in der geplanten Form umzusetzen, hängt wohl maßgeblich vom antifaschistischen Gegenprotest ab und davon, wie viel Raum wir dem rechten Geschwurbel geben - oder eben nicht. Wir sehen uns dann also auf der Straße.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

🎯 Wo sind die Gräber auf dem Göttinger Stadtfriedhof geblieben?

Am 20. Juni 2021 hatte die Kreisvereinigung Göttingen zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazi- Deutschlands auf die Sowjetunion eine Gedenkveranstaltung auf dem Göttinger Stadtfriedhof durchgeführt. Dabei ist deutlich geworden, dass Gräber von sowjetischen Zwangsarbeiter*innen, die es einst auf dem Friedhof gab, jetzt nicht mehr vorhanden sind.

Wir haben uns deshalb in einem Schreiben vom 22. November 2021 an die neue Göttinger Oberbürgermeisterin, Frau Broistedt, gewandt und auf die nicht mehr vorhandenen Gräber von sowjetischen Zwangsarbeiter*innen hingewiesen.

Auszug aus unserem Brief:

„27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion überlebten den Krieg nicht. Sie starben als Soldaten, NS-Zwangsarbeiter, in deutschen Kriegsgefangenen- oder Konzentrationslagern. Tausende sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten sind auch in die Region Südniedersachsen verschleppt worden. Sie mussten in der Landwirtschaft, der Industrie und in den KZ-Außenlagern Zwangsarbeit leisten.“

Als Referenten zu der Veranstaltung hatten wir den Lokalhistoriker Günther Siedbürger. Herr Siedbürger hat sich im Rahmen seiner Veröffentlichung „Zwangsarbeit im Landkreis Göttingen 1939 -1945“ sehr intensiv mit der Geschichte der sowjetischen Zwangsarbeiter/innen in Südniedersachsen beschäftigt.

Im Rahmen der Vorbereitung auf die Veranstaltung ist Herr Siedbürger im Archiv Arolsen auf eine Liste von 246 Per-

sonen, die auf dem Göttinger Friedhof von 1941 bis 1945 beerdigt worden sind, gestoßen. Als Anlage übersenden wir Ihnen das vorgenannte Dokument.

Das „Informations Zentrum über NS-Opfer - Arolsen Archives“ (<https://arolsen-archives.org>) ist seit kurzen ein öffentlich zugängliches Archiv, das die Unterlagen, auch von anderen Archiven, digital zur Verfügung stellt.

Anbei übersenden wir Ihnen eine Kopie der Dokumente. Die Listen weisen die Namen, Sterbetag, Ausfertigung einer Sterbeurkunde und das Vorhandensein einer Grabstelle aus.

Es sind 246 Namen von sowjetischen Zwangsarbeitern, die in der Stadt Göttingen bzw. Umland zur Arbeit eingesetzt waren.

Die Grabstellen sind nicht mehr auf dem Göttinger Hauptfriedhof vorhanden.

In dem Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) ist in §1 Ziffer 9 die Gruppe der Menschen, die vom 1. September 1939 bis 8. Mai 1945 zur Zwangsarbeit in Deutschland waren und verstorben sind, ausdrücklich erwähnt. §2 des Gräbergesetz regelt, dass die vorgenannten Gräber auf Dauer bestehen bleiben müssen. Für uns ist nicht nachvollziehbar, wann und wie die Grabstätten entfernt worden sind.

Wir möchten Sie bitten, den Sachverhalt zu überprüfen. Über eine Rückmeldung würden wir uns freuen.“

Mit einem ausführlichen Schreiben vom 08.12.2021 hat das Stadtarchiv Göttingen

im Auftrag von Frau Broistedt auf unser Schreiben reagiert:

„Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass nicht nur das IST Bad Arolsen ein öffentlich zugängliches Archiv geworden ist, sondern dass seit 2021 auch die Bestattungsbücher des Stadtfriedhofs aus der Zeit des Nationalsozialismus zur wissenschaftlichen Nutzung im Stadtarchiv zur Verfügung stehen. Dort sind neben den ursprünglichen Grabstellen auch Umbettungen notiert. Nach einer systematischen Aufarbeitung können wir hoffentlich bei einem Großteil der auf der Liste des IST stehenden sowjetischen Zwangsarbeiter*innen sagen, wo das ursprüngliche Grab lag und wann eine Umbettung stattgefunden hat. Soweit wir das aktuell abschätzen können, hat es im Jahr 1972 große Umbettungen gegeben. Wir werden in diesem Zusammenhang auch der Frage nach dem Grund für die Umbettungen nachgehen und versuchen, die Differenz bezüglich der unterschiedlichen Gräberlisten der Friedhofsverwaltung aufzuklären.“

Ich versichere Ihnen, dass der von Ihnen aufgeworfenen Fragenkomplex hier bekannt ist und wir uns um eine zeitnahe Klärung bemühen. Bis zur hoffentlich vollständigen Aufarbeitung muss ich allerdings noch um etwas Geduld bitten.“

Nach dieser Rückmeldung ist für uns das Thema nicht erledigt. Wir werden uns jetzt an die Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen wenden. Unser Ziel ist, dass der Sachverhalt schneller geklärt und ein würdiger Ort des Gedenkens an die Opfer des Faschismus auf dem Friedhof geschaffen wird.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Die Veranstaltungsreihe zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus geht auch im Januar 2022 noch weiter. Einen Überblick über alle Veranstaltungen findet ihr unter: <https://gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de>

Aufgrund der sich verschärfenden Coronasituation in Göttingen kann es aller-

dings zu sein, dass einzelne Veranstaltungen ausfallen, verschoben oder ins Digitale überführt werden müssen. Aktuelle Infos dazu finden sich auf der o.g. Homepage.

Gedenkkonzert Wider das Vergessen — Zukunft braucht Erinnern

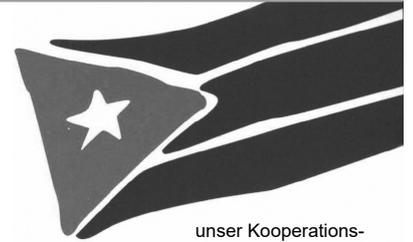
Sonntag, 30.01.2022, 17:00 Uhr
Kirche St. Johannis, Johanniskirchhof,
37073 Göttingen

Veranstaltet von: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. in Kooperation mit der Kirchengemeinde St. Johannis

Bei diesem Gedenkkonzert werden Texte von Nelly Sachs, Paul Celan, Erich Fried u.a. rezitiert, verbunden mit Musik von Satie über Liszt, Debussy, Gershwin, Rachmaninow bis zu Luboš Fišer und Heinz Holliger, vorgetragen vom Pianisten Christian Elsas.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung:

11. Januar, vorauss. virtuell / Einladungen erfolgen per mail

🎯 Kuba ist das Land mit der zweithöchsten COVID-19-Impfquote der Welt

Mit 83,2 % der Bevölkerung, die vollständig geimpft sind, gehört Kuba laut der globalen Benchmarking-Website Our Worlds in Data zu den Ländern mit dem höchsten Impfschutz gegen COVID-19 Autor: Redacción Nacional | informacion@granma.cu

Mit 83,2 % der Bevölkerung, die vollständig geimpft sind, gehört Kuba zu den Ländern, die bei der Impfung gegen COVID-19 führend sind, so die von Prensa Latina zitierte globale Referenzseite Our Worlds in Data.

Die renommierte Website der Universität Oxford setzte die größte Antilleninsel auf den zweiten Platz in der Rangliste der Teil- und Vollimpfungen, nur übertroffen von den Vereinigten Arabischen Emiraten und gefolgt von Portugal.

Aus den Daten der statistischen Website geht hervor, dass 55,3 % der Weltbevölkerung mindestens eine Injektion des COVID-19-Impfstoffs erhalten haben und weltweit 8,28 Milliarden Dosen verabreicht wurden, obwohl nur 6,3 % der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen zumindest eine erste Verabreichung eines Anti-COVID-19-Immunogens erhalten haben.

Im Falle Kubas haben trotz der Schwierigkeiten und seines Status als unterentwickeltes Land mehr als 10.000.000 Einwohner (etwa 90 % der Gesamtbevölkerung)

mindestens eine Dosis Abdala, Soberana 02 oder Soberana Plus erhalten – allesamt national hergestellte Impfstoffe -, während etwa 9.305.674 Personen

Am 7.12. hat das Zentrum für die staatliche Kontrolle von Arzneimitteln, Ausrüstungen und medizinischen Geräten die Genehmigung für die Notfallverwendung des Immunogens Soberana Plus bei der pädiatrischen Bevölkerung über zwei Jahren, die sich von COVID-19 erholt, erteilt, so dass in den kommenden Tagen der Prozentsatz der geimpften Bevölkerung steigen dürfte, was für das

¡Hasta siempre
Comandante!



Erreichen der Herdenimmunität gegen SARS-COV-2 so wichtig ist.

Außerdem läuft seit November die Auffrischungsimpfkampagne gegen COVID-19, die bereits mehr als 440 000 Kubaner mit der zusätzlichen Schutzdosis erreicht hat. Die kubanische Impfstrategie gegen das tödliche Virus war ein Schlüsselfaktor bei der Kontrolle des starken Wiederaufflammens der Pandemie, wodurch das nationale Gesundheitssystem in den vorangegangenen Monaten unter hoher Anspannung arbeitete.

🎯 Goldvorkommen in Camagüey von industrieller Bedeutung

Einem Bericht von Prensa Latina zufolge wird das acht Tonnen Gold umfassende Vorkommen in Loma Jacinto, Camagüey, die mengenmäßig zweitgrößte Fundstelle des Landes, als industriell bedeutsam anerkannt, wie aus den Forschungsergebnissen des Bergbauunternehmens dieser zentralen Provinz hervorgeht

Autor: Redakción Nacionales | informacion@granma.cu

Fachleute des Ministeriums für Energie und Bergbau (Minem) präsentierten die endgültigen Ergebnisse der Explorationsphase im Jacinto-Adersystem in der Provinz Camagüey, wo ein Goldvorkommen identifiziert wurde, das bereits über die erforderlichen geologischen und technologischen Studien verfügt, um zu einer technisch-wirtschaftlichen Machbarkeitsstudie überzugehen.

Einem Bericht von Prensa Latina zufolge wird das acht Tonnen Gold umfassende Vorkommen in Loma Jacinto, Camagüey, die mengenmäßig zweitgrößte Fundstel-

le des Landes, nach den Ergebnissen der von dem Bergbauunternehmen dieser zentralen Provinz durchgeführten Untersuchungen als industriell bedeutend anerkannt.

Enrique Piñero, Leiter des Projekts, teilte mit, dass im Jacinto-System zehn Adern identifiziert wurden, von denen bereits drei durch Explorations-, geologische, hydrogeologische, ingenieurgeologische und technologische Studien eingehender untersucht wurden. Er fügte hinzu, dass man zu dem Schluss gekommen sei, dass

es ein Doré – eine unreine, nicht raffinierte Mischung aus metallischem Gold – mit wenigen Verunreinigungen erhalten werde. Dies bedeutet einen höheren Produktwert und bessere Zahlungen.

Die für die Nutzung vorgeschlagene Technologie sei machbar und umweltfreundlich, und bei der Auflösung würden praktisch keine verschmutzenden und giftigen Elemente freigesetzt.



Feliz Año Nuevo
a los amigos de Cuba!



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Das neue Kindertagesstättengesetz reicht nicht!

Die Träger der Kindertagesstätten haben Probleme mit der Umsetzung der Änderungen im Niedersächsischen Kindertagesstättengesetz im Bereich der Umwandlung der Sonderöffnungszeiten in sog. Randzeiten.

Die freien Träger der Göttinger Kindertagesstätten hatten sich, während Ihres Treffens im November lange und intensiv über die Frage der Umsetzung der Neuregelungen der so genannten „Randzeiten“ ausgetauscht.

Im Unterschied zu den früheren „Sonderöffnungszeiten“, z.B. morgens zwischen 7.00 und 8:00 Uhr oder nachmittags zwischen 16:00 und 17:00 Uhr, müssen ab dem Kindergartenjahr 2021/22 in den durch das NkiTaG nun neu definierten „Randzeiten“ zwei Fachkräfte statt bisher einer Fachkraft in einer Kindergarten- oder Krippengruppe anwesend sein.

Grundsätzlich begrüßen die Vertreter*innen der Freien Träger und auch die Mitarbeitenden den besseren Personalschlüssel, der ja auch eine Qualitätsverbesserung darstellt.

Aufgrund des ohnehin bestehenden Personalmangels stellt es die Träger und Pädagogischen Leitungen jedoch vor die Herausforderung, welche Fachkräfte die Betreuungszeiten einschließlich der Randzeiten abdecken sollen.

Viele Träger werden daher eher gezwungen sein, die Betreuungszeiten insgesamt zu verkürzen – statt den Elternwünschen entgegenkommen zu können -, um dem Kita- Gesetz zu entsprechen. Dieses stellt die Eltern und vor allem die Mütter vor die Frage ob und wie sie weiterhin ihrer Lohnarbeit nachgehen können.

Die Doppelbesetzung in den Randzeiten führt entsprechend zu einer große-

ren finanzielle Belastung für die Stadt Göttingen, weil die Sonderöffnungszeiten nur zu 25% bezuschusst wurden

Ein weiteres Problem ergibt sich für die Träger und Einrichtungen mit einer oder mehreren inklusiven Gruppen, in denen Kinder mit Förderbedarf betreut werden: Da im neuen Gesetz präzisiert wird, dass eine heilpädagogische Begleitung während der gesamten Kernzeit - also die Betreuungszeit ohne die Randzeiten - der Gruppe zu erfolgen hat, müssen neue „Stundenanteile“ für die heilpädagogischen Kräfte her. Da es diese aber nicht geben wird, wird es kompliziert, weil die notwendigen Stunden der Heilpädagog*innen schon jetzt nicht ausreichen! Der Mangel an ausgebildeten Fachkräften ist in diesem Bereich noch größer.

Die Situation spitzt sich also dort besonders zu und inklusive Gruppen werden die Betreuungszeiten noch weiter einschränken müssen als sogenannte Regelgruppen. Diese Ungleichbehandlung entspricht in keinster Weise dem Inklusionsgedanken.

Die Freien Träger der Stadt Göttingen haben den Niedersächsischen Städtetag aufgefordert, auf die Landesregierung einzuwirken, damit diese eine Übergangsregelung findet, bis ausreichend Fachkräfte die geforderten Personalbesetzungen erfüllen können.

Zwischenzeitlich gibt es die Nachricht, dass am 16.12.21 ein Haushaltsbegleitgesetz im Landtag verabschiedet werden soll (hatte zum Redaktionsschluss noch nicht stattgefunden), in dem es u.a. um eine Übergangsregelung hinsichtlich der personellen Mindestausstattung in den Randzeiten in Kindergartengruppen bis zum 01.08.2023 gehe. Der niedersächsische Städtetag hatte sogar bis mindestens 01.08.2025 gefordert.

Flankierend dazu braucht es endlich ausreichende Schulplätze an den Berufsbildenden Schulen und eine vom Land finanzierte, auskömmliche Ausbildung für Erzieher*innen, Heilerziehungspfleger*innen und Heilpädagog*innen!

Bei Fragen wendet Euch an:
goettingen@dkp-niedersachsen.de

(rk)

Mitgliederversammlung im Januar

04. Januar

bleibt die Inflation oder ist sie eine vorübergehende Erscheinung? Eine Betrachtung möglicher Perspektiven

18. Januar

Kreismitgliederversammlung der DKP Göttingen (siehe Kasten unten)

Die MV'en finden jeweils um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2, statt.

Einladung zur Kreismitgliederversammlung

Datum: 18. Januar 2022

Zeit: 20.00 Uhr

Ort: Rotes Zentrum (Adresse s. oben)

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Formalia
2. Wahl der Versammlungsleitung und der Wahlkommission
3. Rechenschaftsbericht
4. Kassen- und Revisionsbericht
5. Diskussion
6. Entlastung des SK
7. Wahlen
SprecherInnenkreis
RevisorInnen
8. Antragsberatung
9. Sonstiges
10. Schlusswort



GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Stillstand Bei ADLER in Grone Süd:

▶ Handwerkerrechnungen nicht bezahlt



Wimmelbild von den laufenden Baumaßnahmen: Findet Ihr den Hauseingang?

Die LEG zu den Umbaumaßnahmen: „Die von Adler professionell, effizient und mit großer Sorgfalt begonnenen Modernisierungs- und Aufstockungsmaßnahmen in Göttingen und Wolfsburg wird die LEG fortführen“

Die Spatzen piffen es seit Anfang Dezember vom Dach: ADLER hat die Handwerkerrechnungen nicht bezahlt, und daher haben diese erst einmal vier Wochen „Pause“ gemacht. So kam es auf dem Mietertelefon mehrfach an.

Seit der Veröffentlichung dieser Tatsache im GT Mitte Dezember ist es wohl auch amtlich: „Leider hat es Verzögerungen bei der Bearbeitung von Eingangsrechnungen gegeben ...“, so wurde ein ADLER-Sprecher im GT zitiert.

Die LEG als neuer Eigentümer war mit nebenstehenden Zitat zu dem Thema zu lesen (Bildunterschrift). Keine Nachricht an die Mieter*innen, keine Nachricht an das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“! Und vor allem: Den Mieter*innen

Die LEG als neuer Eigentümer war mit nebenstehenden Zitat zu dem Thema zu lesen (Bildunterschrift). Keine Nachricht an die Mieter*innen, keine Nachricht an das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“! Und vor allem: Den Mieter*innen

wurde nicht etwa eine Verlängerung der Mietsenkung angeboten oder andere Ausgleichsangebote!

Dem GT war zu entnehmen, dass „unbestätigten Berichten zufolge seit dem Sommer kein Geld mehr geflossen sei“. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war noch nicht zu erkennen, ob die Arbeiten nun wieder aufgenommen wurden.

Mieter*innen, die z.Zt. in Ersatzwohnungen sitzen, müssen wohl gerade nicht zurückziehen, sitzen aber auf gepackten Koffern, da jeden Tag die Anordnung kommen kann, dass sie nun doch in die „alte“ Wohnung zurück müssen: Weihnachts- und Silvesterplanung ade!

Mieter*innen melden sich am Mietertelefon, dass sie nicht mehr wissen, was sie noch tun können. Sie bekommen keine Antworten auf mails von ADLER, die Bauverwaltung der Stadt kann gerade nichts machen, das Bauaufsichtsamt braucht eine Anzeige und so fort ...

Sie müssen wohl die „professionell, effizient und mit großer Sorgfalt begonnenen Modernisierungs- (...) Maßnahmen“ aushalten – bei unglaublichem Schmutz bei den Wohnungszugängen und in den Treppenhäusern, bei Schimmel in den Wohnungen, bei der erzwungenen Nutzung von Kellerzugängen der Nachbarhäuser. Was ab Weihnachten bis ins neue Jahr geschieht steht in den Sternen! (gs)

▶ Verein IN Grone streitet für einen qualifizierten Mietspiegel in Göttingen

Als die Adler Real Estate 2016 die Westgrund AG mit ihren knapp die 1200 Wohnungen in Grone übernommen hatte, war eine ihrer ersten Aktionen eine flächendeckende Mieterhöhung. Begründet wurden die höheren Mieten durch den Vergleich mit Mieten willkürlich ausgewählter Wohnungen im Wohnviertel. Skandalös war die Auswahl dieser Wohnungen. Es waren Wohnungen, die wenige Monate vorher auf Kosten der Stadt Göttingen saniert wurden und nun von Familien Geflüchteter bewohnt wurden, für die die Stadt Göttingen die Kosten der Unterkunft übernahm. Da hierbei mehrere Personen bezugsberechtigt waren, wurden Mieten gezahlt, die für dieses Wohnquartier exorbitant hoch waren.

Gegen solch eine Willkür bei der Auswahl von Vergleichswohnungen hilft ein

Mietspiegel. Mithilfe des Mietspiegels kann man zuverlässig die ortsübliche Vergleichsmiete eines Quartiers ablesen. Der Göttinger Mieterverein hat schon jahrelang die Einführung solch eines Mietspiegels gefordert, war aber im Rat der Stadt Göttingen immer wieder auf Ablehnung gestoßen.

Per Gesetz sind seit letztem Jahr alle Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern/innen verpflichtet, einen Mietspiegel aufzustellen, also auch Göttingen. Dabei haben die Gemeinden grundsätzlich die Wahl zwischen einem einfachen und einem qualifizierten Mietspiegel.

Die Verwaltung ist immer noch kein Freund dieses Instruments, und möchte sich dieser lästigen Pflicht mit der einfachen und kostengünstigen Variante entledigen – ohne eine Diskussion im Rat oder den

Ausschüssen. Dabei hätte ein qualifizierter Mietspiegel entscheidende Vorteile.

Ein qualifizierter Mietspiegel wird wissenschaftlich erarbeitet und wird vor Gericht, bei Vermietern und Mietervertretungen eher anerkannt. Er hilft teure Sachverständigengutachten bei Mietauseinandersetzungen zu vermeiden und hat eine befriedende Wirkung.

Aus diesem Grund sieht das Gesetz ausdrücklich die Mitwirkung von Interessenvertretungen der Vermieter/innen und Mieter/innen bei der Erstellung von Mietspiegeln vor.

Der Göttinger Mieterverein fordert nun die Stadt Göttingen auf, einen qualifizierten Mietspiegel aufzustellen und zur Vorbereitung eine Mietspiegelkonferenz einzuberufen.

Der Nachbarschaftsverein IN Grone fordert, auch den DGB und Mieterinitiativen an einer solchen Konferenz zu beteiligen. (oet)



Kreismitgliederversammlung

Am Mittwoch, den 19. Januar.

Die KMV findet online statt, der Link folgt über den Mailverteiler.

Tagesordnung:

1. Eröffnung/Begrüßung
- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Planung einer organisierenden Kampagne im Ortsverband Göttingen
3. Berichte aus dem KSR + den Fraktionen
 - 3.1 Bericht aus dem KSR
 - 3.2 Bericht aus dem Stadtrat
 - 3.3 Bericht aus dem Kreistag
4. Verschiedenes

Neujahrsempfang des Kreisverbandes!

Liebe Genoss*innen, leider muss der am 12.01. angedachte Neujahrsempfang aufgrund der pandemischen Lage in einen Frühjahrsempfang verwandelt werden. Weitere Infos folgen.

Neumitgliederabend

Am 20.01.2022, online.

Der Abend richtet sich an Interessierte und Neumitglieder. Wir bitten um Anmeldung unter: lena@boedeker-online.de

Frauenstammtisch

Am 11.01.22 um 19:30 Uhr am Roten Zentrum. Zieht euch warm an, wir gehen wieder raus. Für wärmende Getränke ist gesorgt.

OV Göttingen

Vorankündigung: Mitgliederversammlung im Februar, genauer Termin wird noch bekanntgegeben. Schwerpunktthema: Hartz IV.

Aktiventreffen – Organising Seminar: Vertiefung

Am 12.01.2022 um 18:30 Uhr. Entweder Online oder vor Ort. Genauere Infos folgen per Newsletter. Wer bisher keinen Newsletter erhält kann sich anmelden unter: newsletter@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

OV Treffen an jedem 2. Freitag im Monat, bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld. Das Treffen findet unter der 2G-Regel statt.

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 12. Januar, um 18.30 Uhr online

Schwerpunktthema: Kulturförderung in den Haushaltsentwürfen von Stadt und Landkreis, Einführung Jost Lessmann

Teilnehmerlink: <https://app.bbserver.de/de/de/quick-connect/791ddcd-91f1-4a1a-aadf-f98201f623b0>

ermöglicht „Anklopfen“ am Konferenzraum – der Zugang zum Konferenzraum wird nur durch den/die Moderator/in gewährt.

Linksjugend

Die Linksjugend trifft sich immer montags um 18:30 Uhr. Momentan online. Wenn du Lust hast teilzunehmen, dann melde dich per Mail oder Insta bei der Linksjugend (goettingen@linksjugend-niedersachsen.de).

Rosa-Luxemburg-Club: Den Termin findet Ihr auf Seite 7

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de
und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de
Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

🎯 Kreismitgliederversammlung am 09.12.

Am Donnerstag, den 09.12.2021 fand die letzte Kreismitgliederversammlung unseres Kreisverbands statt. Dabei wurde insbesondere über die zukünftige Arbeitsweise des Kreisverbandes diskutiert, welche von Thomas Goes vorgestellt wurde. Dabei wird eine bessere Verzahnung des Kreisverbands und der Ortsverbände angestrebt. Zudem soll die Zusammenarbeit der Ortsverbände gestärkt und die Sichtbarkeit in den Stadtteilen und Gemeinden erhöht werden.

Dafür haben wir drei Säulen als Arbeitsgrundlage:

1. Die Linksaktivgruppe, um eine kampagnenfähige, erlebbare Partei zu werden.
2. Den Aufbau von LINKE-Hilft Strukturen, die Solidaritätsarbeit leisten und das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen.
3. Und durch Bildungsangebote für und durch die Mitglieder den Aufbau von die LINKE-lernt um Mitglieder auszubilden, zu binden und die Partei als Praxisnahe Lerngemeinschaft zu etablieren

Im zweiten Teil des Inhaltlichen Blocks hat uns Thorben Peters einen kurzen

Input in Bezug auf die Landtagswahlen gegeben. Zunächst hat Thorben grundsätzliche Probleme angesprochen, die er als ursächlich für das schlechte Abschneiden der LINKEN bei der Bundestagswahl sieht. Dabei sieht er vier Probleme als entscheidend an. Zunächst kritisiert er, dass wir zwar ein gutes Programm haben, aber keine gesamtparteiliche Strategie. Des Weiteren kommen Beschlüsse der Basis nicht bei der Spitze an und Konflikte werden nicht ausreichend diskutiert. Zudem haben wir ein strukturelles Problem, da wir einen Mitgliedergliederschwind im Osten haben, während die Ressourcen im Westen nicht genutzt wurden. Und zuletzt wurde Politische Bildung vernachlässigt und dadurch versäumt Mitglieder handlungsfähig zu machen. Allerdings sieht Thorben z.B in dem Pluralismus der Partei und dem Erfurter Programm auch Chancen, die genutzt werden müssen. Daraus leitet Thorben verschiedene Dinge für den Landesverband ab. Unter anderem muss die LINKE eine aktive Mitgliederpartei werden, bei der man sich einbringen kann. Kreisverbände müssen gestärkt und vernetzt werden, das voneinander Lernen soll gelebt werden und die LINKE muss sich mit Bewegungen und Akteuren vor Ort vernetzen, um zumindest Teile des

Landtagswahlprogramms umsetzen zu können. Im Anschluss wurden verschiedene Punkte von Thorben kommentiert, diskutiert und Nachfragen gestellt.

Auf den inhaltlichen Teil der Kreismitgliederversammlung folgten die Berichte aus dem Kreissprecher*innenrat, dem Kreistag und dem Stadtrat. Elisa, die für den Kreissprecher*innenrat berichtete, informierte insbesondere über vergangene, wie zukünftige Veranstaltungen. Anschließend berichtete Edgar Schu aus dem Stadtrat. Dabei ging er zum einen auf den beschlossenen Haushalt ein, zum anderen erläuterte er eine aktuelle Debatte zum Thema Mieten. Aus dem Kreistag berichtete Eckard Fascher. Die GöLi schließt sich dem Vorstoß an, dass die Kreisumlage zur Finanzierung des Landkreises gesenkt wird. Kristina Schulz, die auch Teil des KSR ist, hat das Amt der Inklusionsbeauftragten für den Landkreis inne.

Im Anschluss an die Berichte wurde der Antrag in Bezug auf die Besetzung des Sprecher*innenrats der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke von Lisa Zumbrock erläutert, über den aber erst bei der KMV im Januar abgestimmt werden soll.

Darauffolgend wurde der Haushalt für da Jahr 2022 von Dietmar Reitmeyer vorgestellt und von der Versammlung beschlossen. Zuletzt wurden noch die geplanten Termine für die nächste Kreismitgliederversammlung im Januar (19.01) bekanntgegeben.

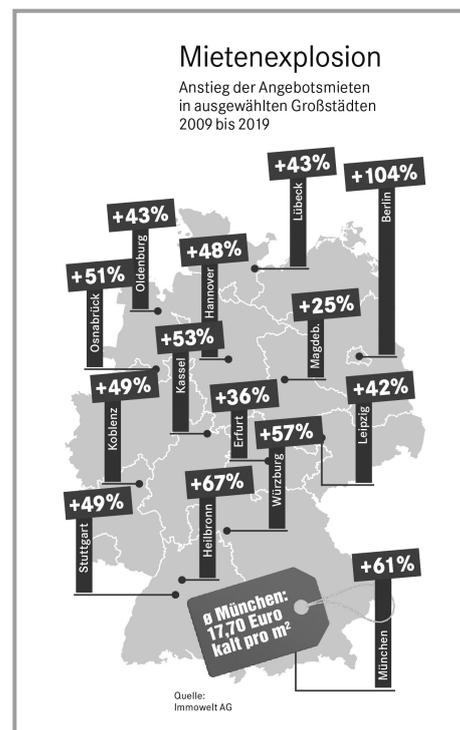
Von Lena Bödeker

Veranstaltung des Rosa Luxemburg-Club

Finanzpolitik der Ampel zwischen Investitionsnotwendigkeiten und Schuldenbremse

Am Mittwoch, den 26.01.2022 im Holbornsches Haus, Rote Str. 34, 34073 Göttingen mit Lucas Zeise, Frankfurt, Finanzjournalist.

Das Programm der kommenden Bundesregierung („Ampel“) sieht umfangreiche Investitionen vor, bleibt aber weitgehend unklar, wenn es um die Frage geht, wie diese Investitionen finanziert werden sollen. Die Ampelparteien scheuen davor zurück, das entscheidende Hindernis u.a. von Klimainvestitionen, die Schuldenbremse, anzutasten. Gefragt werden muss, ob die zu erwartenden Sparpolitiken nicht nur die notwendigen Investitionen verhindern werden, sondern auch zu Kürzungen in anderen Bereichen wie dem Renten- oder Gesundheitssektor führen.



DIE LINKE.

Gerade jetzt: Mitglied werden!



DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 2 - Dezember 2021

EDITORIAL

Auch die zweite Kreistagssitzung der neuen Wahlperiode enthielt viele Tagesordnungspunkte, die die Entsendung in und Konstituierung von Gremien betrafen.

Wichtigstes inhaltliches Thema war die Einbringung des Haushalts für 2022 durch den Landrat, dessen Volumen diesmal fast 700 Millionen Euro erreicht. Hinzu kam die Verabschiedung der seit 16 Jahren amtierenden ersten Kreisrätin Christel Wemheuer und der sehr aktiven und unabhängig auftretenden Gleichstellungsbeauftragten Angelika Kruse.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Fraktionsgeschäftsführer
Dietmar Reitemeyer
Kreishaus, Zl. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6 – Einbringung des Haushalts 2022

Traditionell erfolgt die Haushaltseinbringung durch eine Rede des Landrates, diesmal jedoch mit Unterstützung durch die zuständige Dezernentin. Die Haushaltsberatungen werden sich nun bis zur Verabschiedung des Haushalts durch den Kreistag Anfang März hinziehen.

Demgemäß gab es auch noch keine inhaltliche Debatte, wobei der Landrat gleich zu Beginn darauf hinwies, dass der Kreistag sich in den nächsten Jahren ohnehin viel mehr mit Anträgen und Resolutionen beschäftigen werde, als mit dem Haushalt. Dem Kreistag bescheinigte er jedenfalls das Potential für viele neue Ideen und Impulse.

Der wohl wichtigste Aspekt des Haushaltsentwurfs ist der Vorschlag, die Kreisumlage zu senken. Die Kreisumlagen sind Zahlungen, die die kreisangehörigen Gemeinden an den Landkreis zu zahlen haben, um dessen Finanzbedarf teilweise zu decken. Hier soll es zu einer Entlastung der Gemeinden um insgesamt 7 Millionen Euro kommen.

DIE LINKE, deren Kommunalpolitischer AK sich gerade für einer Senkung der Kreisumlage ausgesprochen hatte, unterstützt diese Pläne.

Erfreulich ist gleichwohl, dass in den nächsten 4 Jahren Investitionen in Höhe von insgesamt 200 Millionen Euro geplant sind, vor allem im Bereich der Schulen. Hierdurch können auch Versäumnisse der zurückliegenden Jahre ausgeglichen werden

Unter den vom Landrat genannten Schwerpunkten wurde allerdings auch der weitere Ausbau des „vorsorgenden Sozialstaats“ angekündigt. Hier darf man gespannt sein, wie sich dies in der Praxis auswirken wird. Bisher jedenfalls verbarg sich hinter solchen Begrifflichkeiten die Gängelung von Arbeitslosen und anderen Hilfesuchenden. Für DIE LINKE wird es also auch in Zukunft darum gehen, sich hier an die Seite der Betroffenen zu stellen.

TOP 7+8 – Besetzung der Planstellen Erste Kreisrätin / Kreisrat

Nach der Wahl des bisherigen Kreisrats Riethig zum Landrat und der Verabschiedung der Ersten Kreisrätin Wemheuer in den Ruhestand, waren diese zwei wichtigen Personalien vom Kreistag neu zu besetzen.

Erste Kreisrätin wird nun die bisherige Leiterin der Energieagentur und letzte grüne OB-Kandidatin Doreen Fragel. Die Position des Kreisrats besetzt der in der Öffentlichkeit bisher kaum wahr genommene Fachbereichsleiter der Kreisverwaltung für Innere Dienste Conrad Finger von der SPD.

DIE LINKE hatte angesichts der jeweiligen Bewerber*innenlage keine Einwände, wobei die auf 8 Jahre erfolgte Wahl sicher einen langen Zeithorizont darstellt. Die Wahlen erfolgten einstimmig.

TOP 10.1 – Dringlichkeitsantrag zur Impfstofflogistik

Interfraktionell wurde unter Beteiligung der LINKEN ein Antrag auf Initiative der FDP eingebracht, mit dem an die Bundes- und Landesregierung appelliert wird, die Covid 19-Impfstofflogistik zu optimieren und zukünftig eine flexiblere bedarfsgerechte Verteilung zu ermöglichen. Demgemäß sollen alle verfügbaren Impfpreserven schnellstmöglich mobilisiert werden, um keine weitere Zeit zu verschenken.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

TOP 28 – Kapitalerhöhung an der Volkshochschule Göttingen Osterode

Ebenfalls ohne Debatte einstimmig beschlossen wurde eine Kapitalerhöhung bei der Volkshochschule Göttingen Osterode um 100.000 Euro.

DIE LINKE begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich, da die VHS bemüht ist, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu reduzieren und durch reguläre Beschäftigung zu ersetzen. Zudem spielt die VHS eine wichtige Rolle im sogenannten zweiten Bildungsweg. Zu den Aufgaben der öffentlichen Hand gehört es, die während der Pandemie aufgetretenen Schwierigkeiten zu kompensieren.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Rotes Zentrum in Göttingen

Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind Büroräume von Parteien, Abgeordneten und außerparlamentarischen Initiativen. Das Rote Zentrum in Göttingen – das ist ein Bündnisprojekt: Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen unterschiedlicher Strömungen teilen sich Räume, arbeiten zusammen und begegnen sich. Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind öffentliche Räume für Sitzungen, Plena, Veranstaltungen und Kulturevents. Hier wird debattiert, gestritten, angestoßen, gelacht und getanzt. Seit dem Jahr 2011 befindet sich dieser Ort im Lieschen-Vogel-Haus in der Lange-Geismar-Straße 2 in Göttingen. Und das in guter Nachbarschaft: Tür an Tür mit der Bundesgeschäftsstelle der Roten Hilfe e.V., deren großer Veranstaltungssaal unser Rotes Foyer ergänzt.

Diese komfortable und solide Konstellation ist seit Jahrzehnten gewachsen. Nach der Bertheustraße und der Geismar Landstraße gelang 2011 der große Sprung nach vorn mit dem Einzug in das gegenwärtige Haus. Im Rahmen eines Projektes zur lokalen Arbeiter*innen-Geschichte und Historie des antifaschistischen Widerstandes benannten im Jahr 2012 Haus-Bewohner*innen und Zentrums-Nutzer*innen „ihr Haus“ nach der Kommunistin und Antifaschistin Elisabeth „Lieschen“ Vogel, die von 1923 bis 1941 in Göttingen gelebt und gewirkt hat.

Die gemeinsame Geschichte des Roten Zentrums war von Auf und Abs geprägt, in denen sich Wahlergebnisse, Mandatsgewinne und -Verluste, politische Konjunkturen und äußere Rahmenbedingungen widerspiegeln. Um aus den wiederkehrenden destruktiven Phasen zu lernen, gründeten im September 2018 ein Kern von langjährigen Zentrumsbetreiber*innen und -Nutzer*innen den Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“. Dieser koordiniert und verwaltet seither die zahlreichen organisatorischen Aufgaben, die sich aus dem Betrieb eines Zentrums ergeben. Ein Kreis von Fördermitgliedern finanziert die Gemeinschaftsflächen und

gewährt dem Roten Zentrum Stabilität und Handlungsmöglichkeiten. Vor allem aber bemüht sich der Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“ aber auch darum, das Rote Zentrum als einen Kommunikations-, Begegnungs- und Bildungsort zu gestalten. Seit dem Herbst 2018 stellt der Verein ein Veranstaltungsprogramm zusammen, in dem die unterschiedlichen Nutzer*innen-Gruppen ihre Besonderheiten und Schwerpunkte den Zentrums-Nachbar*innen sowie einem interessierten Umfeld zur Diskussion und Anteilnahme darbieten.

Das Grünkohlessen mit Karl und Rosa, Forschungen zur Stadtteilgeschichte, Erzählungen zu den Hausdurchsuchungen nach dem G20-Gipfel, Vorträge zur Kommunistin Minna Faßhauer oder zum Lagerwiderstand im KZ-Buchenwald, Diskussionsrunden zur Analyse des Faschismus und aktuellen Bedrohung durch Neonazis und Rechtspopulisten, ein Liederabend mit Kai Degenhardt und so weiter. Die monatlichen Veranstaltungen werden als Halbjahreskalender in einem eigenen Falblatt bekannt gegeben. In den monatlichen Göttinger Blättern gestaltet das Rote Zentrum zudem eine Seite.

Gegenwärtig stellt sich dem Roten Zentrum die Aufgabe, einen Ort der Begegnung unter den andauernden Bedingungen der Corona-Pandemie zu gewährleisten. Wie soll Gemeinschaft bei zugleich gefordertem „social distancing“ verantwortungsvoll gestaltet werden? Wechselnde Verordnungslagen müssen studiert und beachtet, technische Hilfsmittel wie Raumlufffilter oder Handdesinfektionsmittel angeschafft, Mieten fortgezahlt, politische Kontroversen zum gesellschaftlichen Geschehen ausgehalten werden.

Für die weitere Zukunft stellt sich die Eigentumsfrage. Die Kontinuität und der Bedarf eines Roten Zentrums in Göttingen legen es nahe, die genutzten Räume nicht nur zu mieten, sondern das Eigentum zu erwerben. Auch politisch wäre das der richtige Weg: die Häuser in die Hän-



de derjenigen, die sie nutzen. Bereits im April 2019 stellten Bewohner*innen des Lieschen-Vogel-Hauses das Modell des Mietshäusersyndikats vor. Das Mietshäusersyndikat ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 120 Hausprojekten. Gemeinsames Ziel ist es, den Bewohner*innen und Nutzer*innen von Häusern die Gestaltungsmacht zu übertragen und Immobilien dauerhaft dem Spekulationsmarkt zu entziehen. In Göttingen sind die Hausprojekte Obere-Masch-Straße 10 (OM10) sowie das „Grüne Haus an der Ecke“ in der Wiesenstraße 28 nach diesem Modell organisiert. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für einen Hauskauf in der Lange-Geismar-Straße 2 sind schlecht. Die Formulierung von gemeinsamen Zielen, in denen sich ein konkreter Nutzen wie auch eine gesellschaftliche Utopie erkennen lässt, bleibt für eine Gemeinschaft wie das Rote Zentrum umso wichtiger.

Das Rote Zentrum ist auf Genoss*innen angewiesen, die durch eine regelmäßige Fördermitgliedschaft ihre Unterstützung realisieren. Auch einmalige Spenden sind willkommen!

Rotes Zentrum Göttingen e.V.
 IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02
 BIC: GENODE51KS1
 Volksband Kassel Göttingen eG



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

▶ Aktiventreffen der Göttinger Linken

Aufgrund der Coronasituation musste die geplante Jahreshauptversammlung am 30.11. kurzfristig als Videokonferenz abgehalten werden, die von den etwa 20 Teilnehmer*innen einhellig zu einem Aktiventreffen herabgestuft wurde. Die JHV kann dann hoffentlich nach Ostern in Präsenz erfolgen. Vorgestellt wurden aber die Rechenschaftsberichte des Sprecher*innenkreises und der Ratsfraktion.

Der von Eckhard Fascher gehaltene Rechenschaftsbericht der Sprecher*innen wurde in der Dezemberausgabe der Göttinger Blätter veröffentlicht. Ergänzt wird, dass für die Kandidaturen zur Kommunalwahl verstärkt Migrant*innen gewonnen wurden. Dieser Erfolg und der Beitrag der Migrant*innen zum Ergebnis zeigte sich auch darin, dass Gül an Yalçın am meisten Personenstimmen bei der Stadtratswahl erhalten hatte.

Nach dem Rücktritt von Oliver Preuß wegen Arbeitsüberlastung wurden Gülşan als Vertreterin von Migrant*innen und für die nicht mehr vertretene Ratsfraktion Edgar Schu in den Sprecher*innenkreis kooptiert.

Im Rechenschaftsbericht der alten Ratsfraktion betonte Rolf Ralle als Vorsitzender die offene und konstruktive Zusammenarbeit in der Gruppe.

Schwerpunkt war die Wohnungsbaupolitik mit der Schaffung von möglichst viel bezahlbaren Wohnraum. In den Ratsanträgen ging es um strengere Mindestquoten zum Bau von Sozialwohnungen, der Verhinderung des Verkauf von städtischem Baugrund oder auch den Problemen im Hagenweg 20 oder der Groner Landstr. 9. Die Anträge hatten auch aufgrund des Widerstandes des damaligen Oberbürgermeisters keine Chance. Die Verpflichtung der Städtischen Wohnungsbau jährlich eine Abgabe von 1 Mio. Euro an die Sparkasse und die Stadt Göttingen zu zahlen, behindert den sozialen Wohnungsbau massiv.

Weitere Aktivitäten und Forderungen waren:

- ▷ die letztlich erfolgreiche Verhinderung eines Gewerbegebietes auf dem Drägeranger
- ▷ die Einrichtung eines Ortsrat für den Holtenser Berg.
- ▷ die Bebauung des Helmsgrunds/Geismar

▷ die Unterstützung von „Göttingen Zero“ zum Klimaschutz.

Mitgetragen wurden parteiübergreifende Resolutionen zum Wahlrecht für Migrant*innen und die Rücknahme der veränderten Finanzierung der Frauenhäuser in Niedersachsen.

Migrant*innen wurden bei der Ausländerbehörde oder dem Sozialamt persönlich unterstützt.

Gemeinsam mit anderen Fraktionen wurde die Einrichtung von genügend Schülerplätzen in der Sekundarstufe 1 erreicht. Nicht erreicht wurde die durchgängige inklusive Beschulung an allen Sek. I-Schulen, was auch durch das Landes-Schulgesetz verhindert wird.

.....

KomPol AK:

▶ Kreisumlage senken

Schwerpunkt des Kommunalpolitischen Arbeitskreises am 8.12.2021 war das Thema Kreisumlage mit einem Referat von Eckhard Fascher.

Die Kreisumlage ist von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden an den Landkreis zu zahlen und wird v.a. deshalb erhoben, weil Kreise keine nennenswerten eigenen Steuereinnahmen erzielen. Die Stadt Göttingen, die in einzelnen Bereichen Kreisaufgaben übernimmt, zahlt einen ermäßigten Satz. Die Kreisumlage ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Landkreise und macht im Kreis Göttingen wie auch im Landesdurchschnitt rund ein Drittel der Einnahmen aus. Der durchschnittliche Anteil der Kreisumlage an den Städte- und Gemeindehaushalten beträgt in Niedersachsen etwa 28%.

Da sich aufgrund der Entschuldung zur Kreisfusion die finanzielle Lage des Kreises besser darstellt als die der meisten seiner Städte und Gemeinden war bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2020/21 im Januar 2020 unstrittig, letztere zu entlasten. Die CDU hatte die Senkung der Umlage gefordert, die Verwaltungsspitze mit SPD/Grüner Mehrheit ein Investitionsprogramm für die Gemeinden initiiert. Die damalige Gruppe LINKE/ Piraten/PARTEI hatte eine Ausweitung des

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Christa Siebecke

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann
Edgar Schu
Torsten Wucherpfennig

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

**Mittwoch 12. Januar
18.30 Uhr online**

Schwerpunktthema: Kulturförderung in den Haushaltsentwürfen von Stadt und Landkreis, Einführung Jost Lessmann

Teilnehmerlink:

https://app.bbserver.de/de/de/quick-connect/791dddcd-91f1-4a1a-aadf-f98201f623b0

Investitionsprogramms gefordert und eine Umlagensenkung abgelehnt.

Mittlerweile kam aber von Seiten der Stadtratsfraktion und aus den Reihen unserer ländlichen Mandatsträger die Forderung einheitlich für eine Senkung der Umlage einzutreten wie es auch Edgar Schu in seinem Redebeitrag vertrat. Dies wurde dann auch von der Kreistagsfraktion übernommen und so als gemeinsame Position einvernehmlich festgestellt.

Am 15.12. wurde bei der Kreistags-sitzung der neue Haushaltsentwurf überraschend mit Senkung der Kreisumlage vorgestellt. ef

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

im Januar



Sanierung Otfried-Müller-Haus – Klare Verhältnisse für das Junge Theater

Die GöLinke Ratsfraktion fordert zusammen mit allen anderen Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Göttingen endlich klare Verhältnisse über die Zukunft des JTs.

Der Antrag zur Ratssitzung am 17.12. fordert die Verwaltung auf, dem Stadtrat in Absprache mit dem Jungen Theater eine Planungs- und Kostenskizze bis zur Sitzung des Bauausschusses am 24.02.22 vorzulegen.

In dieser soll dargestellt werden, in welchem Rahmen sich die Kosten für die Sanierung des Otfried-Müller-Hauses (OMH) bewegen müssten, damit das Junge Theater (JT) in seine vorige Spielstätte am Wochenmarktplatz zurückkehren kann. Das JT soll so, wie man das JT auch vor dem Auszug kannte, im sanierten OMH seinen Platz finden: Für eine Anzahl von Zuschauer*innen, mit dem Personal, Schauspieler*innen und Repertoire an Theaterstücken wie vorher. Edgar Schu erläutert das Anliegen: „Das JT war Mitte der 1970er Jahre in das Otfried-Müller-Haus eingezogen. Es hatte in der gesamten Zeit bis zum Auszug in Hinblick auf viele neue gesetzliche Forderungen an Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit, Brandschutz usw. Bestandsschutz. Irgendwann musste aber trotzdem die Entscheidung für die Sanierung fallen und die Stadt muss nun zeigen, wie viel ihr das Junge Theater wert ist. Wir sind froh, dass alle anderen Fraktionen sich unserem Antrag angeschlossen haben, das zeigt wie wichtig dieses Thema ist“, betont der Fraktionsvorsitzende der GöLinken.

Bereits 2017 beschlossen Bau- und Kulturausschuss der Stadt Göttingen gemeinsam die Sanierung des Otfried-Müller-Hauses für insgesamt 6 Mio. Euro. 3 Mio. Euro als Förderung aus Berlin sollten mit 3 Mio. Euro Eigenmitteln der Stadt ergänzt werden. Seitdem ist seitens der Verwaltung außer einigen Berichten nicht viel passiert. Am 22.6.21 gab es einen weiteren Bericht der Bauverwaltung im Kulturausschuss. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass man keinen Schritt mehr vorwärtsgekommen sei, weil verschiedene Aspekte sehr ineinander verstrickt und festgefahren seien und außerdem eine zu geringe Personaldecke der Verwaltung neue Fortschritte für die Planung erschwerte

Mit dem Prüfauftrag an die Verwaltung soll die durch den sehr stark verzögerten Umzug zurück ins OMH für das JT immer schwierigere Situation zunächst ungeschönt in den Blick genommen werden. Auf diesem Weg könnte ebenso klar sichtbar werden, welche Veränderungen des Blickwinkels notwendig sind, um das Problem zu lösen.

„Die Kostensteigerung, auch durch die erhebliche Verzögerung der Sanierung, wird den Haushalt der Stadt vermutlich mehr belasten. Es muss aber ohnehin klar sein, dass die Stadt kein saniertes JT für nur 6 Mio. Euro bekommen kann“, stellt Torsten Wucherpennig, finanzpolitischer Sprecher der GöLinken, klar.

Bericht der Ratssitzung am 17.12.21 – Ein paar Schlaglichter

Bei der Einbringung des Haushalts betonten OB Broistedt und 1. Stadtrat Schmetz, dass die Schwerpunkte in 2022 auf Klimaschutz, Bildung und Soziales liegen werden und keine Kürzungen im freiwilligen Bereich geplant seien, also bei Sozialem, Kultur und Sport. Das sei möglich, weil das Haushaltsdefizit von etwa 7 Mio. durch eine überraschend hohe Ausgleichszahlung des Landes und gleichzeitige Senkung der Kreisumlage nahezu ausgeglichen sei.

Unser Antrag zum Jungen Theater (s.o.) wurde vom Rat einstimmig angenommen, ein toller Erfolg! In der Bürger*innenfragestunde berichtete Hendrik Falkenberg (für die GöLi im Ortsrat Grone) über die untragbaren Zustände auf den Adler-Baustellen und fragte, wer bei der Stadt dafür zuständig sei, sich um diese Missstände zu kümmern. Die OB verwies auf das privatwirtschaftliche Verhältnis zwischen Adler und den Mietern und der Rat zeigte allgemein Betroffenheit, mehr passierte dazu aber nicht. Wir wollen im kommenden Bauausschuss beantragen, dass es zu einer Ortsbegehung kommen soll, z.B. im Rahmen eines Ausschusses in Grone.

Zu einem Bebauungsplan in Esebeck, ob dort Einfamilienhäuser oder Geschosswohnungen gebaut werden sollen, sprach sich Edgar neben den Grünen für Letzteres aus, um mindestens 30% bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, den ÖPNV und die lokale Infrastruktur auszubauen und meldete Beratungsbedarf an, der zuvor schon im Bauausschuss von SPD/CDU abgelehnt worden war. Gemeinsam mit der FDP missachteten diese Parteien den Beratungsbedarf und setzten den B-Plan mit knapper Mehrheit durch.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

golinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

🎯 Beim Landkreis dreht sich das Personalkarussell

Von Eckhard Fascher

Nach der Kommunalwahl gibt es personell gesehen große Veränderungen. Nicht nur sind zahlreiche langjährige Kreistagsabgeordnete, darunter die Vorsitzenden fast aller Fraktionen der letzten Wahlperiode, Ausschussvorsitzende oder das CDU-Urgestein Lothar Koch aus dem Kreistag verschwunden. Auch der Landrat ist neu und ebenso zwei der drei Dezernenten.

Wer sind der Landrat und die Dezernent*innen

Der neue Landrat Marcel Riethig (SPD) war bereits in der vergangenen Wahlperiode Dezernent für Soziales, Schule und Jugend. Als solcher ist er von Hartz IV überzeugt und lehnte unsere Anträge zur Einrichtung von Gesamtschulen ab. Den wirtschaftsnahen Kurs seines Vorgängers Bernhard Reuter wird er ebenso fortsetzen wie auch er von der Kreisfusion überzeugt war. Gleichwohl zeigt er einen anderen Stil als der Patriarch Reuter: Riethig geht auf die Fraktionen zu, lässt seine Finanzdezernentin den Haushalt vorstellen und räumt mit der vorgeschlagenen Senkung der Kreisumlage den

Hauptkonfliktpunkt im Haushalt beiseite. Wie sich das in Zukunft entwickeln wird, werden wir sehen.

Die neue erste Kreisrätin Doreen Fragel hatte für die Grünen in Göttingen als OB-Kandidatin kandidiert. Die Juristin war Leiterin der Energieagentur Göttingen, die Klimaschutzmaßnahmen in Stadt und Landkreis umsetzen soll. Sie übernimmt das Dezernat für Bauen, Umwelt und nachhaltige Regionalentwicklung von Christel Wemheuer, die nach 16 Jahren Tätigkeit als Kreisrätin in den Ruhestand geht.

Der neue Kreisrat für Jugend, Soziales und Bildung Conrad Finger (SPD) ist seit Oktober 2019 Leiter des Fachbereichs Innere Dienste beim Landkreis gewesen, zuvor hatte er Führungsfunktionen bei der Stadt Hannover und beim Land Niedersachsen inne. Nicht uninteressant ist, dass die Zuständigkeit für das zur Umsetzung von Hartz IV zuständige Amt 56 aus diesem Dezernat zum Dezernat der für Finanzen und Ordnung zuständigen Marlies Dornieden (CDU) gewechselt ist, die dafür die bei ihr bisher angesiedelten Inneren Dienste an

Finger abgibt. Beide Dezernent*innen sind sicherlich kompetent, wie sie politisch auftreten werden, kann bisher nur anhand der sie tragenden Parteien vermutet werden.

Und was gibt es noch?

Kristina Schulz und Linus Müthing lösen den bisherigen sehr engagierten ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten Wolfgang Peter ab. Dieser war ein Glücksfall und hatte sich bei allen Parteien große Anerkennung erarbeitet. Seine Nachfolger*innen werden jetzt diese Arbeit fortsetzen. Eine Vorstellung von Kristina Schulz folgt auf diesen Artikel.

Linus Müthing ist Vorsitzender der Selbsthilfe Körperbehinderter Göttingen und dort auch in Funktionen auf Bundes- und Landesebene.

Leider geht auch die Gleichstellungsbeauftragte Angelika Kruse in den Ruhestand. Diese trat trotz ihres SPD-Partei-buchs sehr unabhängig auf und scheute sich nicht, das, was bei der Gleichstellung der Geschlechter schief lief, auch zu benennen.

🎯 Vorstellung Kristina Schulz als neue Behindertenbeauftragte des Landkreises Göttingen

Ich bin Kristina Schulz. Ich komme aus Göttingen.

Ich bin von Behinderung betroffen. Von Beruf bin ich Diplom-Psychologin und Sozialtherapeutin.

Seit 2005 arbeite ich in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Deswegen kenne ich die Ursachen für Exklusion und deshalb setze ich mich für die Inklusion von Menschen mit Behinderung ein.

Es gibt viele Formen von Behinderungen. Manche sieht man nicht. Deshalb gibt es auch viele Formen von Barrieren. Ich finde es wichtig, dass Politik verständlich ist. Auch Menschen mit Lernschwierigkeiten sollen sie verstehen.

Ich setze mich bereits für Menschen mit Behinderung ein. Von 2006-2021 war ich Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Göttingen. Seit

2009 bin ich Werkstatträtin. Ein Werkstattrat ist so etwas wie ein Betriebsrat. Ich setze mich als Werkstatträtin auch auf der Bundesebene ein.

Im Rahmen meiner Tätigkeit auf Bundesebene habe ich

mich erfolgreich für die Einführung von Frauenbeauftragten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung eingesetzt.

Seit 2012 bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE. Zur LINKEN bin ich über die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik gekommen, in deren SprecherInnen-Rat ich bin. Ich bin Mitglied des Sprecher*innenrates des Kreisverbandes Göttingen Osterode meiner Partei und In-



klusionsbeauftragte des Landesverbands Niedersachsen.

Seit Dezember 2021 arbeite ich zusammen mit Linus Müthing als ehrenamtliche Behindertenbeauftragte des Landkreises.

Politik für Menschen mit Behinderung ist Links!!!!